aber im Grunde vor Allem Antisemiten oder sonst etwas sind. Mit den Letzteren ist weder zu rechten noch zu rechnen, es wäre denn als Gegnern und Schädigern der deutschen Sache. Was aber die Ersteren, die Anhänger oder blos Gläubigen der deutschen Nationalpartei betrifft, so könnte ihnen der Verlauf der Begebenheiten seit dem Bestande dieser parlamentarischen Vereinigung doch schon gezeigt haben, daß ihre Thätigkeit schätzenswerther für die Regierung gewesen ist, als für die Sache ihres Volkes. Die Partei konnte weder im Parlamente eine einigermaßen bedeutende Rolle spielen, noch hat sie im Volke breiteren Boden gewonnen; sie konnte nur hervortreten, wenn sie der anderen größeren deutschen Partei sich entgegenstellte; sie war schon durch die geringe Zahl ihrer Mitglieder zur Schwäche verurtheilt, die sich durch Abbrödelung bis zur Ohnmacht steigerte. Der Ersatz, den sie für Verluste finden konnte, drängte sie schließlich sogar von ihrem ursprünglichen Programme ab. Sie wollte fünfzig Mann stark in den neugewählten Reichsrath einziehen — eitles Wähnen. Heute thut dieser Partei von allen Seiten — der Ruf nach „Einigung der Deutschen" entgegen, der sich hauptsächlich wider sie kehrt, weil sie diesen Ruf schon durch ihren Bestand, noch mehr durch bestimmte Forderungen abgelehnt hat. Die Partei magert ab, ihre Unternehmungen gegen die Deutsche Linke mißlangen jedesmal; anstatt Ausbreitung zu gewinnen, schlug die Stimmung nach und nach selbst dort um, wo die Partei ursprünglich Boden hatte. Und dennoch?

Ja dennoch! An eine Partei von mehrjährigem Bestande knüpfen sich immerhin einige Existenzen, einige Blätter; der Troppauer, der Reichenberger Gemeindestreit heftet sich an diese Partei; der mehrjährige Widerstreit hat Verbitterungen hinterlassen, welche nachhaltiger wirken, als Grundsätze. Wenn etwas den sichtlichen Niedergang der „Deutschen Nationalpartei" beweisen kann, so ist es der Umstand, daß sie anfängt, nach Naturmessern zu greifen, wie der Pole von Erteinkenden sagt. Die Deutschnationalen in Reichenberg langen nach Lueger und den Gewerbeparteimännern eines Schneider; die steirischen Deutschnationalen kehren sich gegen die Gemeinbürgschaft der Deutschen und eckiren sich ein Alpen-Deutschthum — und ihre Parteigänger in Böhmen, sage: in Böhmen, klatschen dazu Beifall. Die so weit gehen, lassen sich nicht mehr von Einsicht leiten; da hat schon die Besinnungslosigkeit angefangen.

Darum ist es nicht zu verwundern, daß sich allgemach im Gemüth des deutschen Volkes eine Wandlung dahin vollzieht, die Einigkeit wieder höher zu schätzen, als dies im Verlaufe der Versöhnungsära zeitweilig der Fall war. Das Volk wird des Haders müde, an welchem es zu anderen Zeiten Antheil nahm. Kundgebungen von Nord und Süd weisen darauf hin. Die Vereinigte Deutsche Linke, die ofimals arg angeklagt wurde, hat sich doch ihr altes Ansehen gewahrt, und wenn sie Viele auch gerne eine ihatkräftigere Volkspartei gesehen hätten, denn als verdienstvolle und auch erfolgreiche parlamentarische — so kann doch Niemand verkennen, daß an diese Partei bisher die Sache des Deutschthums geknüpft war, und daß nichts vorhanden ist, das sie in dieser Hinsicht ersetzen könnte, als die „große deutsche Volkspartei", welche aber wieder ohne die heutige Deutsche Linke nicht gedacht werden kann. Unter dem neuausgegebenen alten Schlagworte mag sich Mancher Manches denken — vielleicht sogar eine Parteibildung aus Trümmern der bestehenden beiden Gruppen. Der Instinct des Volkes wird sich aber unter der „großen deutschen Volkspartei" gewiß nur eine Vereinigung von deutschfortschrittlich und deutschnational vorstellen; er wird sich die Partei vor Allem „groß", so groß als möglich, vorstellen, weil er die Macht anstrebt, welche eben die Größe bringen soll.

Der Geist des Volkes ist da auf dem richtigen Wege; er begreift, daß man ihm nur eine einzige Fahne vortragen soll; daß die herrschende nationale Gleichgiltigkeit nur von der heutigen Spaltung herrührt; er sieht mit Absicht von allen Parteititeleien ab — und wartet auf die That, welche sein Ideal verwirklichen soll. Wann das geschehen kann — wer weiß es? Es ist aber doch deutlich erkennbar, daß die Gemüther darauf vorbereitet sind, daß Alles dahin drängt. Und so wird es kommen!

---

aber Wenige haben den Muth und die Geduld der Entsagung. So verrathen sie die eigenen Triebe und fügen sich in den gemeinen Geschmack. Eine feile Schönheit, welche mit den kläglichsten Instincten buhlt, wird gepflegt, und die heimliche Lust, der einsame Wohn der edleren Seelen verstummen. Tapfere Kraft, die Größe verspricht, ergibt sich müde, und vermessene Stürmer enden als Diener des Pöbels. Da ist das tiefe, gierige Heimweh nach einem freien Künstler von jener seinen Reblichkeit wohl begreiflich. Da ist die dankbare Rührung der Guten begreiflich, wenn sich ein Tröster findet, der durch thätiges Beispiel hilft.

Maurice Barrès hat einmal von stations idéologiques gesprochen, wie man sonst von stations thermales spricht. Wie oft in der Erde heimliche Kräfte sind, heiße Quellen, Schwefel oder Salze, welche den Leib von Leiden retten, so läßt an manchen Stätten die That und Wirkung edler Menschen eine stille Hilfe zurück, eine wirksame Spur der Stimmungen und Fieber, die aus ihnen hier entbunden wurden, zur Erweckung und Erbauung der schwächeren Seelen. Eine solche Stätte ist das Häuschen an der langen Döblingerstraße, wo dieser große, gute und vollkommene Künstler den reinsten Gesichten lebt, und wo heute, da er sechzig ist, der Jubel der Stadt sich festlich drängen wird, in einer schönen Wallfahrt um Kunst.

* * *

Ferdinand v. Saar ist am 30. September 1833 in Wien geboren und, da er — Monate alt, den Vater verlor, im Hause seines Pathen, des Hofrathes v. Pirona, seines Vetter August Pettenkofen, den später so berühmten Maler, zusammen erzogen. Er lernte unter Heisserstorfer bei den Schotten mit Franz Nissel und Siegmund Schiesinger in der nämlichen Classe. Seit 1854 Officier, erst in Wien, dann in Prag, quittirte er nach dem italienischen Kriege, um nur seiner stillen Kunst noch ferner zu leben. Im Jahre 1863 erschien sein „Hildebrand", dem 1867 „Heinrich's Tod" folgte, zwei mächtige Dramen, die Grillparzer mit Begeisterung grüßte, aber freilich die Genur nur von der Bühne hielt. Es folgten 1866 der „Innocenz", seine berühmteste Novelle, 1873 die Geschichte „Marianne", das Trauerspiel „Die beiden de Witt", welche ohne Erfolg das Burgtheater spielte, die „Novellen aus Oesterreich" 1876, das Trauerspiel „Tempesta" 1881, „Gedichte" 1882, „Drei Novellen" 1883, das Trauerspiel „Thaïsia" 1886, das Volksdrama „Eine Wahlthat" 1887, die Novellen „Schicksale" 1888, „Frauenbilder" 1892, die Novelle „Schloß Kostenitz", welche vergangenes Jahr in unserem Blatte erschien, und die „Wiener Elegien", die im ersten Jahre gleich zwei Auflagen erlebten.

Ein Gespräch mit Mr. Naoroji.

(Eigenbericht der „Deutschen Zeitung".)

London, 25. September.

Die Ankündigung, daß Sir Henry Norman sich plötzlich entschlossen habe, seine bereits gegebene Zusage betreffs der indischen Vicekönigswürde zurückzuziehen, nahm ich zum Anlasse, um mit dem Abgeordneten der Londoner Finsbury Division, der in Wahrheit „Member for India" ist, ein längeres Gespräch über Ros Indiens zu führen. Als ein Eingeborener von hohem Ansehen und gediegener Bildung repräsentirt Mr. Naoroji nicht blos die Meinung der „Classen", sondern auch der „Massen", weil ja diese in Ländern, die unter fremder Herrschaft stehen, immer auf der Seite ihrer stammesverwandten, wenn auch social entfernten „Oberen" zu finden sind.

Politisch am wichtigsten sind wohl die Worte, in denen sich Mr. Naoroji über das Verhältniß Indiens zu Rußland aussprach. Die Ernennung Sir Henry Norman's hat bekanntlich zu Commentaren in dem Sinne Anlaß gegeben, daß man mit seiner Wahl eine russophile Politik zu inauguriren beabsichtige. „Unsinn!" sagte Mr. Naoroji. „Wie kann man uns Indier nur für so dumm halten, uns nach russischer Herrschaft sehnen zu wollen?! Was ich gestern im Unterhause bei der Verhandlung über das indische Budget gesagt habe, daß nämlich Indien nicht blos nicht unwillig, sondern geradezu mit tiefgefühlter Dankbarkeit bei England ist, war ganz wörtlich so gemeint, wie es gesprochen wurde. Rußland! Aber, ich bitte Sie — wer in ganz Indien denkt denn an Rußland! . . . Muß man denn gleich ein Russophile sein, wenn man den begreiflichen Wunsch hegt, daß existhende Schwierigkeiten nicht par force aufgebauscht und zu casus belli gemacht werden? Vergessen Sie doch Eines nicht. Die Lor doner Jingoisten haben leicht reden, einfach darum, weil es nicht aus ihrer Tasche geht. So wie Indien auch jetzt für die englischen Soldaten zahlen (und wahrlich sehr reichlich zahlen) muß, die nicht blos zum Schutze Indiens, sondern auch zur eigenen Ausbildung zu uns hinüberkommen, so müßte es auch ganz für sich selbst die Kosten eines indischen Krieges bestreiten. Mit fremdem Gelde den großen Herrn spielen, das treffen Zwölf unter Zehnen. Wir wollen, in Uebereinstimmung mit der englischen liberalen Partei, nichts Anderes, als eine Vermeidung von Ueberstürzung.

„In diesem und in keinem anderen Sinne mag auch die Ernennung Sir Henry Norman's gemeint gewesen sein. Seine Wahl mußte als eine sehr glückliche bezeichnet werden, zumal fast alle anderen verwendbaren Männer, die das Vertrauen der liberalen Partei besitzen, für den Augenblick für auswärts nicht verfügbar waren. Sir Henry ist, wie Sie wissen, einer der Gründer unseres Club*) gewesen, also einer von den allgemein anerkannten Champions und Hierden der Partei. Seine Gerechtigkeit, die maßvolle Würde in seiner officiellen Haltung, und vor Allem seine tiefe Religiosität stehen über jedem Zweifel erhaben. Religiosität (das muß ich hinzufügen, um Sie vor einem Mißverständnisse zu bewahren) nicht etwa im Sinne einer bestimmten Denomination, sondern in jenem allgemeinen Sinne kosmopolitischer Humanität, universeller Weltbrüderlichkeit, wie man sie nur in England so häufig begegnet.**) Von Sir Henry war equity and justice, und nichts als equity and justice zu erwarten, in unseren und äußeren Fragen. Warum er so plötzlich abgelehnt hat? Darüber steht mir keine maßgebende Meinung zu, aber der Grund seines Refus wird wohl, in Anfehung seines Charakters, eben der sein, den er selbst angegeben hat: daß er — wohl nach manchem Gewissenskampf — zur Ueberzeugung gekommen ist, der übernommenen Pflicht doch nicht gewachsen zu sein. Diese Offenheit kann ihn nur ehren . . . Wer ihm nachfolgen wird, ist schwer zu sagen. Daß man seinerzeit vor Allen Lord Herschell und den Earl of Spencer genannt hat, und daß man heute wie damals Beide hier in London braucht, wissen Sie so gut wie ich. Vorläufig läuft ja Lord Lansdowne's Amtstermin noch einige Zeit fort, die Frage kann also in aller Ruhe erledigt werden."

„Wie sind Sie denn mit dem Erfolge der eben abgelaufenen Session zufrieden, soweit Indien in Betracht kommt?" erlaubte ich mir weiter zu fragen. Erst Donnerstag war, wie oben erwähnt, das indische Capitel des Budgets verhandelt worden, und Mr. Naoroji hatte beabsichtigt, eine Resolution zur Abstimmung bringen zu lassen, worin die Einsetzung einer Commission zur Untersuchung der finanziellen Beziehungen zwischen Indien und Großbritannien (hauptsächlich zum Zwecke der Prüfung etlicher bedeutender Beitragsposten auf ihr Recht- und Billigkeit) befürwortet werden sollte. Solche Resolutionen sind hierzulande, ungleich dem Usus in anderen Zonen, moralisch bindend für die Regierung, und wenn Mr. Naoroji's Antrag den Weg zur Abstimmung, und er mußte sich auf eine oratorische Befürwortung seiner Idee beschränken. Sir William Harcourt, der Schatzkanzler und Witzemacher des Cabinets, schon auf dem Sprunge stehend, Westminster mit dem Gardasee zu vertauschen, war froh, so leicht davonzukommen, und in voller Sicherheit, daß der Resolutionsantrag ein todtgeborenes Kind war, sprach er sich ruhig, breit und deutlich — dagegen aus.

„Nevermind," warf Mr. Naoroji ein, als ich auf dieses Thema zu sprechen kam, „wir hatten Gelegenheit gehabt, am Ende einer so sehr von unseren Dingen in Anspruch genommenen Session, auch diesen Theil unserer Gravamina zur Sprache zu bringen. Kommt Zeit, kommt Rath. In der nächsten Session werden wir mit derselben Sache wiederkommen und wenn es dann zu einer Abstimmung kommt, so glaube ich, daß wir die Resolution ebenso zum Siege führen werden, wie jene über die Indian Civil Service Examinations (Indischen Staatsdienstprüfungen***) in einem früheren Theile der heurigen Session, nebenbei bemerkt, ein Erfolg, mit dessen Erreichung ich den bedeutendsten Theil meiner „Mission" (wenn ich so sagen darf) für erfüllt erachte."

Zum Schlusse theilte Mr. Naoroji mir mit, daß er im Spätherbst für eine kurze Zeit nach Indien gehen wolle, um dem regelmäßigen indischen Nationalcongreß beizuwohnen und hiebei mir eine gedruckte Analyse des umfangreichen Programms ein, die ich zu studiren — versprach.

Dr. M. H.

*) Des National Liberal Club.

**) Aus dem Munde eines Parsen ist dieses Zeugniß doppelt werthvoll. Es zeugt auch für den weiten Gesichtskreis des Sprechers.

***) Womit bezweckt wurde, indischen Eingebornen, ceteris paribus, eine weitere Möglichkeit der Competirung mit Engländern um indische Staatsdienststellen zu bieten. Anm. d. Corr.

Inland.

Wien, 29. September.

Zur parlamentarischen Lage.

Es ist sehr bezeichnend, daß in den Kreisen der einstmaligen Rechten des Abgeordnetenhauses die Idee immer wieder hervortritt, als würde das über die Jungtschechen hereingebrochene Strafgericht bei der Regierung naturgemäß eine Art Reaction zu Gunsten der Wiederaufrichtung der alten Majorität gegen die Deutschen zur Folge haben. Dahin gehört auch die Meldung, daß Dr. Rieger bei seiner jüngsten Anwesenheit in Wien den Versuch machte, sich beim Grafen Taaffe anzubiedern. Er habe dem Ministerpräsidenten seine und seiner altttschechischen Genossen Mitwirkung angeboten und dafür die Rücknahme des Schönborn'schen Februar-Erlasses von 1890, sowie die Einführung der internen tschechischen Amtssprache bei den Behörden erster Instanz gefordert. Natürlich mußte Graf Taaffe das freundliche Anerbieten, falls es wirklich gestellt worden ist, ablehnen, da es keine ernannten, sondern nur gewählte Abgeordnete gibt, und das tschechische Volk eben altttschechische Abgeordnete nicht wählt. Mehr als das: Dr. Rieger würde heute vielleicht nicht einmal eine genügende Zahl von altttschechischen Candidaten aufbringen! Und die interne tschechische Amtssprache — wir dächten, daß vorläufig denn doch weitere Versuche zur Demolirung der einheitlichen Staatsverwaltung wenig Aussicht auf Erfolg bieten. Dr. Rieger soll hier, wie das Brünner Altttschechenblatt meldet, hauptsächlich mit dem Grafen Hohenwart und dem Baron Prazak verhandelt haben; selbst diese Herren dürften ihm die gleiche Aufklärung gegeben haben.

Der Krakauer Czas, welcher dem rechten Flügel des Polenclubs besonders nahesteht, äußert sich ganz ablehnend gegenüber dem bekannten officiösen Rathschlage, die Deutsche Linke möge sich so weit bessern, daß sie mit der früheren Rechten zusammengehen könne. Das hält das Blatt der polnischen Schlachta für durchaus unwahrscheinlich, und es wünscht überhaupt ein solches Zusammengehen gar nicht.

In der deutschen Provinzpresse wird bezüglich der Aussichten, welche der bevorstehende Zusammentritt des Reichsrathes bietet, gegenüber der Regierung ein sehr ablehnender Ton angeschlagen. Sogar die gemäßigte Reichenberger Zeitung schreibt: „Während die Linke auf den Wunsch des Grafen Taaffe sich beinahe zu Tode „mäßigte", ist in der Wählerschaft das Temperament erwacht, welches eigentlich die Partei beseelen sollte und welches sie in Zukunft bei ihren Actionen wird beseelen müssen, wenn sich nicht allmälig die Meinung herausbilden soll, daß die deutschliberale Partei in der geschickten Hand des Ministerpräsidenten zu einem bloßen parlamentarischen Combinationsfactor geworden ist, wie der Polenclub." Und in Betreff der Genehmigung der Prager Ausnahmsverfügungen sagt das nordböhmische Blatt: „Wenn sich die deutschliberale Partei diesmal weigert, dem Grafen Taaffe aus der Verlegenheit zu helfen — und keine Partei des Abgeordnetenhauses hat tristigeren Grund dazu — dann stünde zweifelsohne das ganze System der Versöhnungspolitik am Rande des Verderbens."

Die Staatsbeamten-Petition.

In der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 10. October wird die von der österreichischen Staatsbeamtenschaft seit Langem vorbereitete allgemeine Staatsbeamten-Petition, welche 21.236 Unterschriften aus 849 Amtsorten der Staatsbeamten trägt, zur Vorlage gelangen. Die gleiche Petition wird sodann in der ersten Sitzung des Herrenhauses überreicht werden. Nach einer ausführlichen Darstellung der Gesammtlage des Staatsbeamtenstandes bringt die Petition die folgenden, den ganzen Stand gemeinsam betreffenden Bitten zum Ausdruck:

1. Schaffung einer Dienstpragmatik unter Festsetzung der aus dem Dienstverhältniß der Staatsbeamten entspringenden Rechte und Pflichten mit Einräumung eines Beschwerde-, respective Recursrechtes. Gewährung des Rechtes auf einen nach Maßgabe des Dienstalters von vierzehn Tagen bis sechs Wochen steigenden Erholungsurlaub. Einführung der Sonntagsruhe nach Maßgabe der Zulässigkeit aus öffentlichen Rücksichten.

2. Abschaffung der geheimen Qualificationstabellen und Beseitigung der Qualification durch eine Einzelperson. Einführung einer ständigen Qualificationscommission für jeden Dienstzweig mit Oeffentlichkeit der erfolgten Qualification, sowie Vorstellungs-, respective Recursrecht an die Centralstelle.

3. Einführung einer in erster Linie das Dienstalter und die Tadellosigkeit der Dienstleistung berücksichtigenden Beförderungsvorschrift mit deutlicher Umschreibung des Rechtes auf Beförderung und Verleihung, Festsetzung jährlich zweier Beförderungstermine mit Besetzung aller spätestens vier Wochen vor dem Termin frei gewordenen Stellen ohne Competenzgesuch auf Grund der Acten der Qualifications-Commission unter Wahrung des Verzichtrechtes Befördernder, sowie engste Begrenzung und Einschränkung der außerordentlichen Beförderung auf andauernde ausgezeichnete Qualität der Leistung und verhältnißmäßig rahmen Rang.

4. Einsetzung unparteiischer und unabhängiger Landes-Disciplinar-Commissionen für alle Dienstzweige und eines obersten Disciplinar-Gerichtshofes für Staatsbeamtenangelegenheiten in Wien, gebildet aus Staatsbeamten der fünften Rangsclasse, mit rückwirkender Kraft seiner Urtheile in Beförderungsangelegenheiten.

5. Einführung eines unentgeltlichen Probejahres im Staatsdienste, nach dessen Ablauf ein Abjutum im Jahresbetrage von 400 fl. bis 700 fl. verliehen wird, und zwar den Alpiranten in jenen Staatsämtern, bei welchen zur Aufnahme gefordert wird: a) nicht vollständige Mittelschulbildung, im zweiten Dienstjahre 400 fl., vom dritten Dienstjahre an 500 fl.; b) absolvirte Mittelschule (Maturitätsprüfung), im zweiten Dienstjahre 500 fl., vom dritten Dienstjahre an 600 fl.; c) absolvirte Hochschule (Staatsprüfungen), im zweiten Dienstjahre 600 fl., vom dritten Dienstjahre an 700 fl.

6. Neusystemisirung der Gehalte für die elfte Rangsclasse in den fünf Triennien von 700 bis 1100 fl.; zehnte Rangsclasse in den vier Quadriennien von 1200 bis 1500 fl.; neunte Rangsclasse in den drei Quinquennien von 1600 bis 1800 fl.; achte Rangsclasse in den drei Quinquennien von 2000